

Pulsnitzer Tageblatt

Genussprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezieser
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenbreite (Moffe's Beilenmesser 14)
RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0,20. Umläufige Zeile RM 0,75
und RM 0,60. Kellame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts
und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Breditz, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Littmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. L. Fröbers Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 150

Donnerstag, den 30. Juni 1927

79. Jahrgang

Das Wichtigste

Die Sonnenfinsternis konnte in ganz Deutschland ausgezeichnet beobachtet werden.
Der Rechtsausschuß des Reichstages nahm die Verlängerung des Sperrgesetzes an.
Nach einer Korrespondenz-Meldung wird der Reichspostminister dem Arbeitsausschuß Mitte der nächsten Woche erneut die Vorlage betreffend Erhöhung der Postgebühren vorlegen. Größere Veränderungen sind gegenüber dem zurückgezogenen Entwurf nicht vorgenommen. Die Verwaltungsratsitzungen sollen in etwa 14 Tagen stattfinden. Wie es scheint, ist Poincaré mit Deutschlands Einladung zur Besichtigung der Ostfestungen nicht einverstanden.
Die Berliner Morgenblätter geben eine von der belgischen Telegraphen-Agentur unter allem Vorbehalt gebrachte Meldung wieder, nach der Leon Daudet in Begleitung zweier Freunde im Automobil in Namur eingetroffen sei. Er soll, einem belgischen Abendblatt zufolge, nach Brüssel weitergefahren sein.
Gestern vormittag erschien König Haakon ohne vorherige Anmeldung im Grand Hotel in Begleitung seines Hofmarschalles, um dem Reichsaussenminister einen persönlichen Besuch abzustatten. Der König verweilte längere Zeit im Gespräch mit Stresemann. Kurz vor 2 Uhr begab sich Reichsaussenminister Dr. Stresemann mit Gattin und Gefolge zur Universität, wo Dr. Stresemann seine Nobelpreisrede hielt, hatte sich ein zahlreiches Auditorium mit dem König an der Spitze eingefunden.
Aus Moskau wird gemeldet, daß im Kaukasus ein starkes Erdbeben verzeichnet wurde. Das Erdbeben dauerte 10 Minuten mit Unterbrechungen. Über 40 Häuser der Stadt Gori sind zerstört worden. Auch Menschenleben sollen zu beklagen sein.
Norwegen ist von einer furchtbaren Ueberschwemmungkatastrophe heimgekehrt worden.
Der amerikanische Fliegeroffizier Byrd überfliegt mit drei Begleitern den Ozean.
Die Pazifische Flieger sind nach Meldungen aus Honolulu gestern dort gelandet.
Der Vormarsch der Truppen Fengs und Tschiangkai-scheks gegen die Nordtruppen und gegen Hankau dauert erfolgreich an. Tschiangkai-schek hat jede Verständigung mit Tschangatschollin abgelehnt

Vertikale und säkularische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Musikalische Vesper.) Wie aus den Kirchennachrichten ersichtlich ist, findet Freitag, am 8. Juli, abends 8 Uhr eine Vesper in unserer Kirche statt. Neben Klavier- und Orgelsoli werden vom M.-G.-V. „Liederfranz“ Pulsnitz M. S. Abendlieder für Frauen-, Männer- und gemischten Chor gegeben. Wir möchten darauf hinweisen, daß besonders an einem Sommerabend eine solche schlichte Feierstunde erbauend wirkt. Der Eintritt ist frei, Texte kosten 30 Pf. Es ist zu wünschen, daß eine recht zahlreiche Gemeinde sich einfinden möge, um zu befestigen, daß auch in unserer Kirchgemeinde der Wunsch nach solchen Feierstunden vorhanden ist.

Pulsnitz. (Der Großgau Meißner Hochland der Deutschen Turnerschaft) begehrt vom 2. bis 4. Juli in Bad Schandau sein diesjähriges Gaudiumfest und dürfte sich an Hand der vorliegenden Meldungen das Fest zu einer gewaltigen Kundgebung für die deutsche Turnerschaft ausweiten. Stellt doch schon unsere Gegend allein gegen 1000 Teilnehmer. Aus diesem Anlaß veranstaltet der Gau im ganzen Gebiet Staffelläufe, welche alle in Neustadt in einen Hauptlauf zusammenkommen, von wo dann die Begrüßungsurkunden nach Schandau weiter getragen werden, sobald solche pünktlich zur Eröffnung des Festes übergeben werden können. Unsere Stadt berühren 2 Läufe. Der eine beginnt am Reulenberg und endet vorerst auf dem Marktplatz, wo eine kurze Feier stattfindet. Ebenfalls auf dem Markte endet der 2. Lauf, welcher durch das Seifersdorfer Tal kommt. Ankunft in Pulsnitz Sonnabend mittag 13,10 Uhr. Beide Läufe werden hier zusammengelegt und geht es dann über Dorn weiter dem Ziele entgegen. Gelaufen werden diese Staffeln alle von den Knabenabteilungen. Den wackeren Läufern zum guten Gelingen ein kräftig „Gut Heil!“

(Zu einer Himmelschau seltener Art) gestaltete sich die gestern in der Morgenfrühe stattgefundene teilweise Sonnenfinsternis. Die Wissenschaft wird vom Verlauf der Sonnenfinsternis gute Ergebnisse erzielen, denn die Witterung war der Beobachtung des Himmelsvorganges im allgemeinen günstig, während vielseitig gebangt worden war, daß an diesem Morgen Regenwolken den Himmel verdüstern und damit die Beobachtung unmöglich machen würden. Das Schauspiel am Himmel nahm auf die Minute pünktlich seinen Anfang. Am rechten oberen Sonnenrand berührte der Mond-

Französi. Quertreibereien gegen die Befestigung der Ostfestungen

Neue Sabotageversuche Poincarés

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf für Verlängerung des Sperrgesetzes im Rechtsausschuß des Reichstages angenommen
Der Reichstädtetag in Görlitz an Hindenburg und Marx — Der Nordpolstieger Byrd bringt Briefe an Hindenburg
Sommer weitere Todesurteile in Rußland

Paris. Nach englischen Meldungen soll im französischen Kabinett eine Meinungsverschiedenheit darüber entstanden sein, ob man die freiwillige Aufforderung Deutschlands an die militärischen Sachverständigen zur Befestigung der Zerstörungen an den Ostfestungen annehmen soll. In englischen politischen Kreisen wird auch offenbar erklärt, daß Briand in Genf diesen Vorschlag Dr. Stresemanns, der bekanntlich ein außerordentliches Entgegenkommen Deutschlands darstellt, angenommen habe, daß aber Poincaré keine freiwillige Aufforderung Deutschlands, sondern eine direkte Kontrolle durch die militärischen Sachverständigen wünsche. Im Berliner Auswärtigen Amt ist von einer Meinungsverschiedenheit im französischen Kabinett nichts bekannt. Man führt die englischen Meldungen darauf zurück, daß trotz einer Besprechung des Generals von Pawelsz mit den Militärsachverständigen

noch keine Entscheidung über den Termin der Befestigung getroffen ist und die Militärsachverständigen auch von ihren Regierungen noch keine Instruktionen erhalten haben. Offenbar schweben zwischen Paris, London und Rom noch Verhandlungen über die Frage, wer von den Militärsachverständigen der Einladung der Reichsregierung folgen soll. Man hat in Berlin den Eindruck, daß in Paris keine große Geneigtheit besteht, der Einladung zu folgen, daß aber ein grundsätzlicher Protest gegen die Einladung von Paris nicht zu erwarten ist.

Der Rechtsausschuß für Verlängerung des Sperrgesetzes.

Mit 15 gegen 11 Stimmen.

Berlin. Der Rechtsausschuß des Reichstages beriet am Mittwoch über den sozialdemokratisch-demokratischen Antrag, der den Entwurf eines fünften Gesetzes über die Aussetzung von Verfahren (Sperrgesetz) vorschlägt. Die Aussetzung von Verfahren soll statt bis zum 30. Juni bis zum 31. Dezember 1927 reichen. Die Länder sollen ermächtigt werden, bis zum Ablauf der Geltungsdauer der Gesetze Gegenstände, über deren Verteilung zwischen einem Lande und dem ehemals regierenden Fürstentum Streit besteht, nur mit Zustimmung des Landes an Dritte veräußert oder belastet werden können.

Zur Begründung des Antrages nahm der Sozialdemokrat Dr. Rosenfeld das Wort, der die Verlängerung der Sperrfrist durch den Reichstag verlangte. Nachdem anschließend Freiherr von Richthofen für die demokratischen Anträge gesprochen hat, teilt Staatssekretär Zweigert mit, daß die Abstimmungen in Sachsen-Altenburg, Sachsen-Ruburg, Schwarzburg, Gotha, Mecklenburg-Schwerin, Lippe-Deimold und Mecklenburg-Strelitz noch nicht erledigt seien. Mecklenburg-Strelitz wünsche die Erledigung auf dem Rechtswege. Alle in Betracht kommenden Fürstentümer hätten dem Ministerium des Innern eine schriftliche Erklärung abgegeben, in der sie ihre bindende Bereitwilligkeit erklärten, die Wirkung des Sperrgesetzes bis zum 1. Dezember d. J. vertragsmäßig gegen sich gelten zu lassen. Eine Verlängerung des Sperrgesetzes sei deshalb nach Ansicht der Reichsregierung sachlich überflüssig.

Die Vertreter der Länder Thüringen, Mecklenburg-Schwerin und Hessen erklärten sich für eine Verlängerung der Sperrfrist durch das Reich. Der Vertreter von Preußen betonte, an einer solchen Verlängerung, soweit es die Hohenzollern angehe, kein Interesse zu haben. Preußen habe nur ein Interesse, soweit es die depostierten Fürsten und die Schandesherrn angeht.

Anschließend legte Reichsminister Hergt dar, daß der Reichstag seinerzeit nicht zugunsten einer Partei entscheiden wollte. Er habe deshalb ein unparteiisches Sperrgesetz gemacht. Die Verlängerung des Sperrgesetzes bittet der Minister, abzulehnen. Bezüglich der Standesherrn stelle er die Entscheidung anheim.

In der Abstimmung wird der sozialdemokratisch-demokratische Gesetzentwurf mit 15 gegen 11 Stimmen (also nicht mit Zweidrittelmehrheit) angenommen. Dafür stimmten Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten, dagegen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei.

Reichstädtetag in Görlitz an Hindenburg und Marx

Görlitz, 29. Juni. Unter lebhaftem Beifall wurde auf dem Reichstädtetag in Görlitz an den Reichspräsidenten von Hindenburg folgendes Telegramm gerichtet: „Der Reichstädtetag, die kommunale Spitzenorganisation von 1350 kleinen und mittleren Städten sendet von seiner 17. ordentlichen Mitgliederversammlung in Görlitz dem hochverehrten Reichsoberhaupt, ehrerbietige Grüße und die Erneuerung seines Versprechens, unermüdete Arbeit für Volk und Vaterland.“

In einem weiteren Telegramm an den Reichskanzler Dr. Marx wurde die Reichsregierung gebeten, die schwere Notlage, in der sich die dem Bunde angeschlossenen Städte befinden, unter Wiedergewährung der Selbstverwaltung und der Finanzhoheit tatkräftig zu mildern. Der Reichstädtetag erwarte einen auch die Belange der kleinen und mittleren Städte ausgiebig berücksichtigenden endgültigen Finanzausgleich, da die jetzige trostlose Finanzlage den Städten ihre Wiederaufbauarbeit in verhängnisvoller Weise erschwere.

Wie die Sowjets die Massenhinrichtungen begründen.

Eine Erklärung des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare.

Moskau. Der Vorsitzende des Rats der Volkskommission, Rykow, erhielt ein Telegramm von den Führern der englischen Arbeiterpartei und der unabhängigen Arbeiterpartei, die um „Einstellung der Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren“ bitten. In der Antwort erklärt Rykow, daß im Zusammenhang mit dem Urteil der staatlischen und politischen Verwaltung gegen aktive Weißgardisten, deren Schuld dokumentarisch erwiesen war, durch die ausländische sowjetfeindliche Presse zahllose Lügen und Verleumdungen verbreitet werden.

Die Erwähnung über die Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren ist unrichtig.

Nach den Gesetzen der Sowjetunion stehen der staatlischen und politischen Verwaltung in Fällen, in denen die Notwendigkeit, durch aktives Vorgehen die Konterrevolution zu bekämpfen, gegeben ist, die Rechte eines Ausnahmegerichtes zu, das formell den Ausnahme-Standgerichten der bürgerlichen Staaten entspricht.

In dem erbitterten Kampfe gegen die Sowjetunion sei ein entschiedenes Vorgehen der Sowjetregierung gegen aktive Konterrevolutionäre von der Not erzwungen und ganz unvermeidlich.

Die Henker arbeiten weiter.

Moskau. Die Sowjetgerichte verhängen weiter schwere Strafen gegen Spione. In Schitomir wurde das Todesurteil gegen zwei polnische Spione und eine Frau vollstreckt. Die beiden Spione waren angeklagt, Nachrichten an die polnische Armee übermitteln zu haben. Auch fünf Anhänger des Arestoulow wurden zum Tode verurteilt. Arestoulow hatte im vorigen Jahre eine konterrevolutionäre Bewegung zu schaffen versucht. Das Leningrader Gouvernementsgericht eröffnete einen Prozeß gegen eine Reihe von Marineoffizieren, die beschuldigt werden, im Jahre 1905 an einer Strafexpedition gegen die Empörung in den baltischen Staaten teilgenommen und Revolutionäre erschossen und geprügelt zu haben.

Sommer weitere Todesurteile in Rußland.

Riga. Das Tribunal in Wjatka hat den früheren Oberleutnant Malkin zum Tode verurteilt. Malkin wird zur Last gelegt, daß er während des Bürgerkrieges Kommunisten erschossen habe. Ferner hat das Gericht in Kronstadt zwei Mann wegen Spionage zum Tode verurteilt. Die Todesurteile wurden sämtlich bereits ausgeführt.

Der Oberste Gerichtshof in Moskau hat das Gnaden-gesuch der zu längerer Gefängnisstrafe verurteilten Aufständischen aus dem Jahre 1924 abgelehnt. Der Terror wird in der ganzen Sowjetunion weiter fortgeführt.

